

Charlottenburgs Wohnungspolitik.

Aus der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung

In der gestrigen Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung, der ersten nach den Ferien, beschäftigte man sich mit folgender, von sämtlichen Fraktionen gestellter Anfrage: „Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, inwieweit die Verhandlungen wegen der Bekämpfung und der Vorbeugung des Wohnungsmangels in Groß-Berlin gediehen sind? Sind bereits Schritte getan zur Bewilligung staatlicher Mittel zur Wohnungsfrage?“

Stadtv. Eya (Sib.): Die Frage der Wohnungsbeschaffung könne nur gemeinsam für Groß-Berlin geregelt werden. Bedenklich sei es, daß Spandau sich ausschließen wolle, weil es selbst Millionen für die Wohnungsfürsorge aufwende. Es sei aber festgestellt, daß Spandau die Wohnungsnachfrage nicht befriedigen könne, denn Leute, die in Spandau vergeblich Wohnung suchten, seien nach Charlottenburg auf die Wohnungssuche gegangen. Charlottenburg müsse die Wichtigkeit des Zustandekommens des Verbandes betonen. In allen Groß-Berliner Gemeinden herrsche Wohnungsmangel, der Wohnungsverband habe für alle Interesse.

Oberbürgermeister Dr. Scholz

wies darauf hin, daß Charlottenburg dem Zustandekommen des Wohnungsverbandes keine Schwierigkeiten bereitet habe. Wenn der Wohnungsverband gegründet werden sollte, dürfe Spandau nicht ausgeschlossen bleiben. Der Magistrat habe aber nicht auf der faulen Haut gelegen und im Laufe dieses Sommers eine Reihe von Vorkehrungen getroffen, die die Lösung der Wohnungsfrage in Charlottenburg fördern können. Durch das Hochbauamt seien Pläne für Kleinwohnungen ausgearbeitet, die Frage der Geldbeschaffung sei verhandelt, die Bearbeitung einer Kleinhausiedelung in Nord-Westend und Nord-Charlottenburg in die Wege geleitet. Weiter habe man sich mit Baugenossenchaften in Verbindung gesetzt. Der Magistrat habe ferner Protest eingelegt gegen die Beschlagnahme der Hotels, Geschäftshäuser und Wohnungen durch die Kriegsgesellschaften. (Zustimmung.) Allein 2200 Räume seien von diesen Gesellschaften im Charlottenburger Stadtgebiet in Anspruch genommen. (Hört, hört!) Der Wohnungskommissar habe den Bestrebungen Charlottenburgs seine Unterstützung zugesagt. Auf Hilfsmittel, wie Baracken und Schulen, werde man erst dann zurückgreifen, wenn auf anderem Wege dem Wohnungsmangel nicht abzuhelfen sei. (Sehr richtig!) In der Leistung von Zuschüssen bestehe keine grundsätzliche Einigkeit zwischen Reich, Staat und Gemeinden. Der Städtetag habe als Beitrag der Gemeinden 10 v. H. vorgeschlagen. Ob das zu erreichen sei, stehe dahin. Der Magistrat habe alles getan, um der Wohnungsnot zu steuern. Er hoffe, daß die Bestrebungen eines gemeinschaftlichen Zusammengehens in Groß-Berlin nicht aussichtslos bleiben. (Beifall.) Nach kurzer Vorberatung ging die Versammlung zur Tagesordnung über.

Ein zweiter Dringlichkeitsantrag behandelte die Gewährung einer einmaligen Steuerzulage an sämtliche im

Dienst der Stadt beschäftigten Beamten und Bediensteten. Oberbürgermeister Dr. Scholz erklärte, daß der Magistrat erst die Bestimmungen des Staates habe abwarten wollen. Der Finanzminister habe ihm zugesagt, dieselben schon morgen zuzustellen. Voraussichtlich werde die Versammlung schon in der nächsten Sitzung über die Bewilligung von einer einmaligen Steuerzulage beschließen können.